

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 7. August 1902.

№ 91.

## Eine brennende Frage.

II.

Die ganze Berichterstattung am Corr. steckt in einer Zwangsjacke erstarrter Formen. Selten, sehr selten, daß einmal ein Berichterstatter die alten Formen zerbricht und in einer Art Resümee oder Stimmungsbild die Ereignisse, Beschlüsse usw. behandelt. So aber ist die Berichterstattung nur etwas halbes und nichts ganzes. Man muß einen Unterschied darin machen, ob man eine möglichst wortgetreue Wiedergabe der Verhandlungen beabsichtigt oder ob man nur mit einigen Sätzen von den Debatten und Beschlüssen der übrigen Kollegenschaft Mitteilung machen will. Wo einzelne Verhandlungsgegenstände ohne weiteres das allgemeine Interesse beanspruchen — wir erinnern nur an die Leipziger Versammlungen, welche den Ausschluß unserer Kollegen aus dem Gewerkschaftskartelle und die Maßregelungen in der Leipziger Volkszeitung zum Gegenstande der Verhandlungen hatten — kann die Berichterstattung gar nicht ausführlich genug sein, sie muß aber so viel wie nur irgend möglich eingeschränkt werden, wo es sich um örtliche Vorgänge handelt, deren breite Darstellung kaum die Kollegen am Orte interessiert. Und dann der kolossale Ballast, der dadurch produziert wird, weil jeder Schriftführer glaubt, auch die nebenächlichsten Dinge bei der Berichterstattung nicht übergehen zu dürfen. Nur einige Beispiele dafür. „Die Versammlung wird durch den Vorsitzenden H. eröffnet“. Ja, gibt es denn auch Versammlungen, die nicht „eröffnet“ werden? Also, solche Selbstverständlichkeiten sind die reinste Zeit-, Papier- und Raumverschwendung. Weg damit! „Hierauf verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung, welches von dieser genehmigt wurde.“ Man vergegenwärtige sich nun einmal: Welches Interesse hat die Allgemeinheit unserer Leser an der Tatsache, daß am 19. Juli in D. das Versammlungsprotokoll vom 7. Juni verlesen wurde? „Sodann kam das Zirkular Nr. 6 des Gauvorstandes zur Verlesung, an welches sich eine lebhafte Debatte knüpfte.“ Es weiß zwar niemand außer den in jener Versammlung Anwesenden, was in jenem Zirkulare gestanden hat, gleichviel, es kommen 6, 8, 10 Versammlungsberichte, z. B. aus Rheinland-Westfalen, die alle den obigen Passus enthalten, zum größten Teile in noch ausgedehnterer Form. Vom Inhalte des Zirkulars ist zwar keine Rede, es verbietet sich das ja von selbst, warum also im Corr. in etwa 100 Zeilen bestätigen, daß der Gauvorstand ein Zirkular versandt hat? Von höchstem Interesse ist jedoch, daß „noch einige interne Angelegenheiten behandelt“ wurden und daß „unter Verschiedenes“ nichts vorlag. Es ist also über Tatsachen selbst noch so geringfügiger Natur absolut nichts zu berichten, nein, daß nichts zu berichten ist, auch das muß berichtet werden. Daß die Versammlungen in einem Lokale abgehalten wurden und daß der ehemalige Besitzer desselben auf den Namen Peter Munk hört, darf nicht vergessen werden, wenn der Bericht nicht unvollständig sein soll. „Bei den Ortsstatutberatungen wurde in § 6 der Satz „von bis kommen“ gestrichen“, welche weittragende

Änderung natürlich von der Kollegenschaft Deutschlands bereits seit Wochen mit außerordentlicher Spannung erwartet wurde! Ganz und gar überflüssig sind auch die zusammenhanglosen Kaszenberichte. Ob dieser oder jener Ort oder Bezirk in einem Vierteljahre so und so viel ausgegeben, hat für die Leser des Corr. nicht das geringste Interesse, da erst in den Abrechnungen der Gaue wie in den Monatsberichten des Verbandes ein erwünschter Einblick in das Kaszengebaren möglich ist. Außerdem veröffentlichen wir alljährlich eine Tabelle, die über die Ausgaben der Orts- und Bezirkskassen übersichtliche Auskunft gibt. Mehlich liegen die Dinge bei Gelegenheitsstatistiken einzelner Orte; hier sucht man vergeblich nach dem allgemeinen Werte solcher Statistiken. Mit Schrecken denken wir an die Zeit der Jahresberichte, wo unzählige Male dem Leser erzählt wird, daß „die Vereinsgeschäfte in 10 Mitglieder-, 3 allgemeinen und 2 außerordentlichen Versammlungen, in 30 Vorstandssitzungen und 6 Kommissionsberatungen erledigt wurden.“ Es ist schon viel zu viel, wenn beispielsweise gesagt wird: „Im Jahre 1901 ist an unserm Orte die Mitgliederzahl von 50 auf 70 gestiegen, die Zahl der tariffreien Firmen von 7 auf 9, die Nichtmitgliederzahl ist von 30 auf 10 gesunken, von denen 3 dem G.-V. angehören, 7 sind „Wilde“. Der Versammlungsbesuch war ein guter, die Kaszenverhältnisse sind befriedigende, die Kollegenschaft hält treu zusammen und diesem Umstande haben wir unsere Erfolge zu danken.“ Ganz und gar muß aus den Jahresberichten die Aufzählung der im Berichtsjahre abgehaltenen Johannist-, Sommer-, Winter- und sonstiger Feste verschwinden, zudem über dieselben in der Regel ja schon berichtet worden ist. Einer gründlichen Reform bedürfen aber die Berichte über die Johannistfeste. Wir haben schon früher einmal die Frage angeschnitten, ob wir dieses Fest nicht zu einem Verbands-tage gestalten wollen, der, wie ungefähr der 1. Mai, ein Tag der Agitation und Demonstration und bestimmt sein soll, die Johannistfeste ihres sommerfestartigen Charakters zu entkleiden und sie auf das Wiederfest eines alljährlich an einem bestimmten Tage wiederkehrenden buchdruckerlichen Verbrüderungsfestes zu heben. Doch darüber später. Wie die Dinge aber heute liegen, können wir es nicht verantworten, die Johannistfest-Berichterstattung in dem gegenwärtigen Umfange gewähren zu lassen. Man berichte einfach, daß unter starker Teilnahme, event. der Kollegen mehrerer Städte, das Johannistfest einen harmonischen Verlauf genommen habe. Alles andere ist überflüssig. Daß ein Johannistfest keine Begräbnisfeierlichkeit ist, weiß jeder, daher erklärt es sich auch, daß gesungen, getanzt, gefestelt, quardrätelt, gegessen und getrunken wurde. Na, für dieses Jahr läßt sich nichts mehr machen, im nächsten werden wir alle diese Berichte summarisch zusammenfassen. — Auch unsere Spezialorganisationen leisten sich auf dem Gebiete der Berichterstattung erkleckliches. Selbstverständlich sollen sie vom Corr. in der Vertretung ihrer speziellen Interessen unterstützt werden, die Kollegen selbst aber müssen durch eine geeignete, mehr der Agitation

dienende Berichterstattung wirksam eingreifen. Hier müssen sich die Schriftführer eine weise Beschränkung bei der Berichterstattung über technische Vorträge auferlegen. Der Corr. ist kein fachtechnisches Blatt, dafür gibt es eine Anzahl geeigneter Organe. Vielfach dienen diese Vorträge neben der Belehrung auch noch den Interessen von Farben- und Maschinenfabriken, die nicht ohne Grund ihre Vertreter zu diesen Vorträgen überlassen. Auch über die verschiedenen Besichtigungen von Fabriken usw. darf nur in denkbarster Kürze berichtet werden. Je kürzer übrigens die Berichte, desto schneller können sie veröffentlicht werden, desto allgemeiner werden sie gelesen und um so eher wird der Zweck der Berichterstattung auch erreicht. Ferner nimmt das Aufbauen nichtiger Sachen im Corr., das Breitreten von Zänkereien usw. nicht nur viel Raum weg, sondern macht auch auf die Mitglieder einen peinlichen Eindruck, schädigt den Verband in der Öffentlichkeit und gibt seinen Gegnern Stoff zur Bekämpfung. Auch hier werden wir in Zukunft rücksichtslos den Blaustift walten lassen. Bei Wahlresultaten anzugeben, wer als Schriftführer, Bibliothekar, Revisor, Kartelldelegierter usw. gewählt wurde, bedingt eine durch nichts zu rechtfertigende Raumverschwendung. Für die gegenseitige Verständigung genügen die Adressen des Vorsitzenden und des Kassierers, zudem ja außerdem noch das Adressenverzeichnis der Gau- und Bezirksvorstände zweimal jährlich veröffentlicht wird.

Werden also in verständiger Weise, ohne in jedem Falle nach Schema F zu handeln, die Korrespondenzen mehr zusammengebrängt, bequemen sich unsere Schriftführer dazu, das Schwergewicht mehr auf eine knappe und schnelle als auf eine langsame und langatmige Berichterstattung zu legen, dann macht sich auch das tägliche Erscheinen überflüssig und eine Anzahl von Beilagen kommen außerdem noch in Wegfall.

Da wir im Interesse des Verbandes wie des Corr. und seiner Leser den „Kampf mit dem Drachen“, d. h. mit den Korrespondenzen aufnehmen werden, so wird nicht ausbleiben, daß man uns aufs neue der Beschränkung der Meinungsfreiheit bezichtigten wird. Zwar waren zur Münchener Generalversammlung diesbezüglich keine Beschwerden erhoben, ein Beweis, daß wir den Kollegen so weit als möglich entgegenkommen. Um so mehr mußte es verwundern, den Karlsruher Antrag vorzufinden, der nicht eine, sondern gleich 1000 Preszkommisionen eingesetzt wissen will. Jede einzelne Mitgliedschaft bestimmt, was der Redakteur aufzunehmen hat, punktuell. Dieser tausendköpfigen Hydra gegenüber empfahl Dürren den seit der Mainzer Generalversammlung gut ausgewachsenen Tagelwurm einer Preszkommision. Wir fürchten, eine zweckmäßige Beschneidung der Korrespondenzen wird nicht überall verstanden und so dem Dürrener Antrage bis zur Dresdener Tagung neues Leben eingehaucht werden. Die guten Eigenschaften, die alle einer Preszkommision zugeschrieben werden, hat sie aber nicht. In der Theorie macht es sich ganz schön, in ihr das lebendige Gewissen, die führende Hand zu erblicken, die den Redakteur auf dem redaktionellen Tugendpfade erhalten soll, diese „leitende“ Stelle

kann sie aber in der Praxis nicht ausfüllen, so wenig wie sie die erhoffte „einzig führende Brust“ für die Schmerzen der Einsender abgelehnter Artikel oder gekürzter Korrespondenzen ist. Diejenigen, die da glauben, daß eine Preßkommission Richter und Richterinnen der von der Redaktion mißachteten Preß- und Meinungsfreiheit sein kann, daß mit ihr der Stein der Weisen, es allen recht zu machen, gefunden ist, der frage einmal bei der Preßkommission der Erfurter Tribüne an, da kann er erfahren, daß der jüngste Thüringer Parteitag „mit Morgengrauen — es war früh 3 Uhr — den Antrag auf Einsetzung einer Preß-Kontrollkommission, der die Preßkommission unterstellt ist, angenommen“, also eine veritable „Weber-Preßkommission“ eingerichtet hat. Dazu müßte es auch bei uns kommen.

Da ist es schon am besten, man läßt dem Redakteur freie Hand und damit auch die Verantwortung. Kann er diese auf eine Preßkommission abwälzen, so mag dies dem Redakteur persönlich angenehm sein, den Kollegen aber wäre damit nicht gedient, denn die Preßkommission würde mehr Einfendungen ablehnen als wir. Und wenn es auch unter unseren gelegentlichen Mitarbeitern solche gibt, die da mit Heime ausrufen:

Ich will mein volles Freiheitsrecht.  
Find' ich die geringste Beschränkung,  
Verwandelt sich mir das Paradies  
In Hölle und Gefängnis,

so ist das nicht tragisch zu nehmen, denn die am lautesten nach Preßfreiheit schreien, verstehen diese immer nur für ihre eigne Person und entrüsten sich nicht wenig, wenn ein anderer Kollege ihren preßfreiheitlich erzeugten Produkten auf den Leib rückt. Wie viel läßt sich doch über diese Materie reden und schreiben und viel ist schon geschrieben worden, immer mit der einen und der letzten Hoffnung: „Einst wird's besser!“

Vielleicht geben aber diese Zeilen unseren Kollegen einigen Stoff zum Nachdenken, vielleicht suchen unsere Schriftführer den gegebenen Anregungen entgegenzukommen und suchen zu verstehen, wenn wir ihren Berichten die ausgesprochene Behandlung zu teil werden lassen, daß uns dabei kein anderer Gedanke leitet als der der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit für den Verband und den Corr. Mit der Zeit werden die Kollegen das selbst einsehen und dann besteht begründete Hoffnung, daß es nicht einst, sondern daß es schon heute besser wird.

## Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

In der ersten Hälfte des Juli bildete der Stuttgarter Gewerkschaftskongress noch den Mittelpunkt alles Interesses in der organisierten Arbeiterschaft. Seine Verhandlungen sind dem Gewerkschaftler eben mehr als dem wohlgebeteten Bürger selbst die bedeutungsvollste Tagung des Parlamentes, die wichtigste Sitzung seines Kräftertums-politisch treibenden Rates der Ortsweisen. In der gesamten Arbeiterpresse wurden denn auch den diesmaligen Beratungen lange Nachworte gewidmet und daß man mit diesen Epitopen so ziemlich einverstanden sein kann, ist gewiß ein schönes Urteil über die in Stuttgart geleistete Arbeit. Wir wollen diesen harmonischen Nachklang, dieses hohe Gefühl voller Befriedigung nun weiter abwärts nach über die vorchriftsmäßig von einigen Gewerkschaftsblättern uns post festum gehaltenen Standreden Worte verlieren, denn nicht zuletzt überhebt uns die Unbedeutendheit dieser Organe einer Erwiderung.

Das in dem Korrespondenzblatt der Generalkommission und der Sozialen Praxis gleichzeitig diskutierte Thema „Arbeiterschaft und Sozialdemokratie“ beanspruchte uns so größere Beachtung, als der in letzter Zeit viel angegriffene Dr. Freund und der Verfasser der umfassendsten Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung Landgerichtsrat Kulemann, sowie das durch ihre Behandlung gewerkschaftlicher Fragen bekannt gewordene Fräulein Imle in allgemein interessierender Weise dabei zum Worte kamen. Wenn die Redaktion des Korrespondenzblattes jedoch ihre Leser wegen der ihnen durch die Freundlichen und Kulemannischen Ausführungen zugemuteten „ungeheuren Geduldsprobe“ um Entschuldigung zu bitten sich veranlaßt fühlte, so hat sie jedenfalls die Stärke dieses Geduldsfadens unterschätzt und ihren Lesern in wenig verschlüsselter Form eine Einseitigkeit zugemutet, die schon so oft der Arbeiterschaft verhängnisvoll geworden. — Der casus belli ist vorliegenden Falles in der von Dr. Freund unternommenen Kritik der anfangs dieses Jahres von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erfolgten Ablehnung eines Antrages Kulemanns = Nachhilfe auf Einführung paritätischer

Arbeitsnachweise zu finden, in welcher Angelegenheit ja auch wir seinerzeit uns mitfühlend äußerten, worauf dann die übliche Kanonade gegen uns erfolgte. v. Elm antwortete dem Dr. Freund in ziemlich scharfer Weise, was diesem nun Gelegenheit zu der im Korrespondenzblatt erschienenen Replik gab, welcher Kulemann aus eigener Initiative sich zugesellte. Auffallenderweise hat das Korrespondenzblatt aber eine von Dr. Freund ihm irrtümlich zugeschobene Aeußerung in seinem Nachsatz nicht zurückgewiesen, obwohl diese von uns gemachte Auslassung dem dargelegten Standpunkte der Korrespondenzblatt-Redaktion durchaus widerspricht. — In dieser an treffenden Momenten und logischen Wahrheiten recht ergiebigen Kontroverse wird also die notwendige Neutralität der Gewerkschaftsbewegung und eine daraus häufig folgernde Differenz mit dem parteipolitischen Standpunkte abermals nach allen Seiten beleuchtet und gegen die in der Arbeiterschaft mehr oder weniger vorhandene und sich häufig in verlegender Form äußernde Abneigung gegen bekannte Sozialreformer wie überhaupt gegen deren Bestrebungen protestiert. Wenn wir das in Frage stehende Thema nicht schon in früheren Jahrgängen des Korrespondenten in der denkbar gründlichsten Weise behandelt, unser Standpunkt zu dem Kapitel „Arbeiterschaft und Sozialdemokratie“ wie auch zur Sozialreform und deren hauptsächlichsten Vertretern nicht schon genügend bekannt wäre, so würden wir uns darüber wohl in einem besonderen Artikel auslassen. Wir wollen deshalb nur etwas näher auf die Imleschen Ausführungen eingehen, die selbige als vom Gewerkschaftler aus betrachtet wissen will und welchen wir fast ganz beistimmen. Die Verfasserin begegnet z. B. unseren Anschauungen, wenn sie von jedem die Einheit der Arbeiterbewegung fordern und greifbare wirtschaftliche und sozialpolitische Erfolge über Parteigegensätze und Parteidoctrinen stellenden Menschen die Unterfrüfung des Versuches verlangt, „die deutsche Sozialreform aus dem Schmuckkästchen einer Partei herauszuholen und zum Gemeingute aller denkenden und fortschrittlichen Politiker unsers Landes zu machen.“ Die Freundliche Behauptung: „Die Sozialdemokratie hängt an der Arbeiterbewegung wie ein Weigehwid“ erwidert Fr. Imle mit der den Tatsachen eher entsprechenden Entgegnung: „Nicht der Partei trauen die Arbeiter nicht mehr, sondern die Hoffnung wird mehr und mehr begründet, daß die wirtschaftlich organisierte Arbeiterschaft jede parteipolitische Bevormundung in ihren rein beruflichen Angelegenheiten als ihrer unwürdig in voller Manneskraft abhüteln wird.“ Ganz unsere Meinung hat die Verfasserin ferner, wenn sie schreibt: „Parteiberggriffe aufs wirtschaftliche Gebiet hemmen den Fortschritt der Arbeiterorganisationen, ganz gleichgültig, ob sie einer Art von väterlichem Wohlwollen entspringen oder ob sie der niedrigen Ansicht dienen, die Arbeiter von der energischen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten“ und weiter auch, wenn sie sagt: „Zur Förderung dieser Toleranz wird es auch unerlässlich sein, die jeweiligen Zukunftsideale der einzelnen Parteien ebenso gut wie die Religion als Privatsache zu erklären, wenn die Anbahnung eines erproblichen Zusammenarbeitens der verschiedensten politischen Richtungen auf sozialpolitischen Gebieten nicht nur auf dem Papiere stehen soll.“ Wir stimmen ihr auch darin bei, daß eine gemeinschaftliche Arbeit nur dann gedeihen kann, wenn die eine Richtung nicht durch ein „blutig rotes Zukunftskreuzgepenst“, die andre nicht durch eine „Mumie der Massentradition“ davon verschleudert wird. Wir können, wie schon gesagt, den Imleschen Aufsatz als den unsern Standpunkt am meisten deckenden bezeichnen, hingegen uns das Nachwort der Korrespondenzblatt-Redaktion in fast keiner Weise befriedigte. Wir sind gewiss mit derselben der Ansicht, daß die politische und wirtschaftlich organisierte Arbeiterschaft reif genug ist, über ihre eignen Interessen zu entscheiden, wir wissen aber auch und gefehen es frank und frei, daß die Arbeiterschaft noch nicht zu der Erstarkung gelangt ist, diese ihre Interessen selbständig und ohne Mithilfe anderer Kreise durchzusetzen; das Korrespondenzblatt gibt ja auch selbst zu, daß ohne diese Hilfe mander kleinere oder größere Fortschritt nicht errungen wäre. Wenn dem aber so ist, so soll man zur Mitwirkung bereiten Kreisen nicht mit den alten abgestandenen Unterscheidungen kommen, sondern sie noch interessierter und freudiger bereit für ihre freiwillig übernommenen Aufgaben zu machen suchen, für welche Betätigung diesen Männern von ihren eignen Klassenangehörigen jedenfalls nur recht magere Vorbeeren werden, wie Kulemann das nicht mit Unrecht besonders hervorhebt. Daß auch falsche Arbeiterfreunde mit unterlaufen können, wollen wir nicht bezweifeln, aber derartige Vögel wird man ja sehr bald an ihren Federn erkennen und dann wird kurzer Prozeß mit ihnen gemacht. Schließlich können solche Tierchen ja auch aus einer andern Gegend geflogen kommen! Wir waren wie bekannt von jeher gegen die blinde Herrschaft der Theorie und bekämpften schon immer den Eigensinn der Prinzipienretreiter und wenn wir dieses „überneutralen“ Standpunktes wegen auch fast isoliert dastehen, so hoffen wir doch und zwar lediglich im Interesse der Arbeiterschaft auf seine Verallgemeinerung. Haben wir doch schon so oft erfahren, daß zu Zeiten als Zwerg gilt, was später zur Landfräse ausgebaut ward!

Die wirtschaftliche Gesamtlage befand sich noch immer in dem Erstarrungszustande, der nun schon so lange andauert und schon so oft zu verfrühten Hoffnungen auf bevorstehende bessere Zeiten Veranlassung gab. Nach aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete eingelaufenen Nachrichten haben die Feierschichten wieder beträchtlich zugenommen und von Riesenbetrieben

wie Krupp und Dortmunder Union und anderen werden umfangreiche Lohnreduktionen gemeldet. Im Juni hat zwar die Zunahme an Arbeitslosen nicht die im Monate Mai erreichte Höhe erreicht, immerhin kamen aber auf 100 ausgetobene Stellen 167,8 Arbeitsjuchende, also 15,4 mehr wie im Juni 1901; speziell in Berlin hat sich das Angebot etwas verringert. In Süddeutschland, Westdeutsch und auch in der Schweiz ist von einem Nachlasse des Andranges noch nichts zu spüren gewesen, in England hat eine direkte Vermehrung der Arbeitslosen stattgefunden und für nicht weniger als 321000 Vergleichen Lohnreduktionen statt. Die in den norddeutschen Industriezentren eingetretene geringe Abnahme an arbeitslosen Gewerbern wird daher im Laufe des Juli jedenfalls als vorübergehende bezw. trügerische Erscheinung sich erweisen. — Wenn man nach den Angaben der Arbeitsmarktkorrespondenz das verfloßene Halbjahr Revue passieren läßt, so ist der Februar mit 208,3 gegen vorjährig 155,8 Arbeitsjuchenden auf 100 Angebote der schätzliche, der April mit 147,5 gegen 142,8 der beste Monat gewesen. Der Januar mit 220,2 gegen 168,8 und der Mai mit 172,0 gegen 145,1 zählen zu den ersten, der Monat März mit 148,9 gegen 139,7 sowie der Juni mit 167,8 gegen 152,4 zu der letztern Kategorie.

Bei uns Buchdruckern ist die Geschäftsfrage unverändert schlecht, nur von einer Großstadt lautete der Bericht einigermaßen befriedigend. An den monatlichen Aufstellungen unsrer Hauptverwaltung ist ja auch die fortgesetzt sinkende Tendenz überdeutlich zu ersehen; eine im Mai gegen den April zu verzeichnende Zunahme von 611 arbeitslosen Mitgliedern, 18028 arbeitslosen Tagen und eine Mehrausgabe von 23414,29 Mk. sind denn doch mehr als man vom Eintritte der sauren Gurkenzeit erwarten kann. Auch im Auslande ertönen die Klageklänge immer vernehmbarer.

(Fortsetzung folgt.)

## Korrespondenzen.

Bezirk Deuthen. Am 27. Juli fand in Deuthen eine außerordentliche Bezirksversammlung des Bezirkes Deuthen statt, die alles andre nur nicht ruhig verlaufen ist und deren Endresultat war, daß der erst seit drei Monaten amtierende 1. Vorsitzende Ulrich trotz seiner Beliebtheit im Bezirke sich veranlaßt sah, sein Amt niederzulegen und die Versammlung vor voller Erlebigung der zur Diskussion stehenden Gegenstände durch Auflösung der Versammlung einem unwürdigen Ende entgegenzuführen. Eine nette Illustration für die zur Zeit im Bezirke Deuthen herrschenden Zustände, die in einer Feindschaft der verschiedenen Ortsmitgliedschaften gipfelt, daß selbst die selbstloseste und jedem berechtigten Wünsche nach Möglichkeit entgegenkommende Geschäftsführung eines Vorsitzenden, der selber wohl im Bezirke kaum einen Feind hat, nicht im Stande ist, eine Versammlung vor dem Schicksale der Auflösung zu retten, letztere wurde veranlaßt durch die überaus rigorose Haltung mehrerer Kollegen, speziell des Kollegen Rapschky-Gleiwitz, der durch seine einer Kritik nicht würdigen Haltung jenes Ende hervorrief. Der Vorsitzende Ulrich eröffnete die Versammlung, welche von etwa 75 Mitgliedern besucht war, um 12 Uhr mit einer Begrüßung der Anwesenden und schritt zur Ergänzung des Bureaus, in welches Dörsky-Gleiwitz als 2. Vorsitzender und Pletschmann-Deuthen als Schriftführer gewählt wurde. Der erste Punkt der Tagesordnung fand durch Verlesung des Protokolls der letzten Bezirksversammlung seine Erlebigung. Zu Punkt 2, Referat des Kollegen Selzer über die Generalversammlung, ging ein Antrag ein, den Punkt als letzten zu stellen; in der Stellung dieses Antrages lag die Absicht, das Referat zu verschleppen, um nachher infolge der vorgerückten Zeit ganz darauf verzichten zu können. Diese Absicht ist den Antragstellern durch Annahme ihres Antrages auf das glänzendste gelungen. Punkt 3: Bericht der Johannisfest-Kommission. Czervianka-Bönigshütte verlas den Bericht derselben, dieser wies einen Fehlbetrag von annähernd 70 Mk. auf, der trotz guten Besuches dieser Veranstaltung peinlich berührt, aber verständlich wird dadurch, wenn man hört, daß die Kommission, wohl in einem Anfall von Gebläune, die Musiker mit einem wahren Bierregen überschüttet hat. Sei's ihnen verziehen, bezahlet muß ja doch werden. Da sich die Diskussion über diesen Punkt ins Unendliche ausdehnen wollte, wurde Antrag auf Debatte schluß gestellt und diesem Antrage stattgegeben. Als vorläufig letzter Punkt stand Mitteilungen auf der Tagesordnung, als ersten Teil verlas der Vorsitzende eine Resolution der in Rybnik in Kondition stehenden B. M. die das Ersuchen an den Bezirksvorstand richtete, die Kollegen zum Vorgehen zu ermächtigen, damit auch je einmal tarifmäßige Bedingungen erhalten und eine eventuelle aus diesem Vorgehen sich ergebende Maßregelung zu befrworten. Der Vorsitzende konnte sich für den Zweck dieser Resolution, sich der Maßregelungs-Unterfrüfung zu vergewissern nicht erwärmen, indem er ausführte, daß der Rybniker Kollegen ihre Pflicht, für den Tarif einzutreten erst ziemlich spät zum Bewußtsein gekommen sei. Mitwirkende Kraft in dieser Angelegenheit ist wohl der bei der Rybniker Firma neu eingetretene Faktor anzusehen. Es entspann sich in Verfolgung dieses Punktes eine lebhafteste Debatte über tarifliche Angelegenheiten des Bezirkes die von mehreren Kollegen mit Freuden begrüßt wurde. Es wurde beschloßen, diese Angelegenheit dem Tarif-Ausschuß als zuständige Instanz zur weiteren Regelung zu überweisen. Es wurde von Rattowitz jetzt ein Antrag eing



